P33-002-2 Projekt 33: Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft
Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P33

Von Zeile 1 bis 17:
Wir Grüne wollen, dass die Entscheidung für ein Studium unabhängig von Herkunft und finanzieller Lage wird.

~~Mangelnde Unterstützung ist einer der häufigsten Gründe für einen unfreiwilligen Studienabbruch. Gerade junge Menschen, die nicht aus Akademikerfamilien kommen, brauchen mehr Unterstützung. Wir Grüne wollen, dass die Entscheidung für ein Studium unabhängig von Herkunft und finanzieller Lage wird. Wir wollen die soziale Infrastruktur für das Studium ausbauen. Dazu gehört auch eine bessere Finanzierung des Studentenwerks, um die Sozialbeiträge für die Studierenden stabil zu halten. Niedrigschwellige Angebote müssen gut und erreichbar sein, damit Hilfe ankommt. Das werden wir im nächsten Rahmenvertrag mit dem Studentenwerk verankern. Studiengebühren lehnen wir ab. Die Attraktivität Berlins zeigt sich auch bei der Zusammensetzung der Studierendenschaft: Über 50 Prozent der Studierenden kommen nicht aus Berlin. Wir haben sowohl überdurchschnittlich viele Studierende aus finanziell besser gestellten Familien als auch aus Nicht-Akademikerhaushalten. Dazu kommen relativ viele ältere Studierende und solche mit Familie und Kindern. Das alles erfordert gezielte Beratungs- und Unterstützungsangebote. Eines der dringendsten Probleme ist dabei die Wohnungsfrage. Dabei setzen wir nicht allein auf die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, sondern wollen auch mit Genossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt Projekte entwickeln.~~

Deshalb lehnen wir Studiengebühren jeder Art ab. Wir wollen außerdem die soziale Infrastruktur für Studierende gemeinsam mit den Studierenden stärken. Schon jetzt kommen Studierende in Berlin überdurchschnittlich oft aus Familien mit hohem Bildungsstand; Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern sind stark unterrepräsentiert. Gleichzeitig gibt es in Berlin vergleichsweise viele Studierende mit Kindern, für welche die Betreuung ausgebaut werden muss. Wir wollen daher das Unterstützungsangebot für diese beiden Gruppen gezielt ausbauen ohne den Sozialbeitrag für Studierende zu erhöhen. Hierzu muss das Studierendenwerk bereits mit dem nächsten Rahmenvertrag besser finanziert werden. Denn es ist nicht nur der etablierte Anbieter sozialer Dienstleistungen für Studierende in Berlin, es ist auch der einzige, in dem diese ein Mitspracherecht haben.

Berlin ist für Studierende aus der ganzen Welt attraktiv; circa die Hälfte der Studierenden kommt von außerhalb. Das finden wir toll! Nicht nur für Zugezogene ist allerdings die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum wichtig. Bereits 2012 war studentisches Wohnen in Berlin teurer als im Bundesdurchschnitt. Wir wollen gemeinsam mit dem Studierendenwerk und anderen gemeinwohlorientierten Akteur*innen dafür sorgen, dass mehr studentischer Wohnraum geschaffen wird, damit Studieren in Berlin bezahlbar bleibt.

Begründung

Ziel des ursprünglich von der LAG Wissenschaft eingereichten Projekts war es, die soziale Infrastruktur für Studierende in Berlin zu stärken, um eine soziale Öffnung der Hochschulen für Menschen mit unterschiedlichen Bildungsbiographien und Herkünften zu erleichtern. Dieses Ziel wurde im von der Schreibgruppe vorgeschlagenen Antrag zugunsten der Verhinderung von unfreiwilligen Studienabbrüchen in den Hintergrund verschoben. Die Verhinderung unerwünschter Studienabbrüche

kann zwar ein (positiver) Effekt guter sozialer Unterstützungsmöglichkeiten für Studierende sein, ist für uns jedoch eher ein Nebeneffekt. Im Vordergrund sollte die Forderung nach bunten, sozial durchmischten Hochschulen stehen. Der zweite Satz der Schreibgruppenversion fasst dieses ursprüngliche Ziel des Projekts gut zusammen und ist für sich gesehen eine starke Aussage. Daher wird dieser Satz mit dem Änderungsantrag an den Anfang verschoben. Der Projekttitel wird entsprechend angepasst. Die restlichen Änderungen konkretisieren aktuelle soziale Problemlagen auf Grundlage der letzten Sozialerhebung des Studierendenwerks und passen den Text redaktionell an die oben benannte inhaltliche Umstellung an.

Außerdem wird im Vergleich mit dem Vorschlag der Schreibgruppe die aus unserer Perspektive zentrale Rolle des Studierendenwerks in der Erbringung sozialer Dienstleistungen für Studierende in Berlin betont. Während der aktuelle Senat durch Unterfinanzierung des Studierendenwerks eine Erhöhung der Sozialbeiträge in Kauf nimmt und beim Neubau von Wohnheimplätzen auf Wohnungsbaugesellschaften setzt, wollen wir das Studierendenwerk stärken, u.a. da dort auch Studierende über den Verwaltungsrat ein Mitspracherecht haben.